



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelerstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

08.07.2026

Die digitale ID-Falle: Wie uns der Staat schleichend die Freiheit entzieht und Millionen Bürger eiskalt ausgrenzt



Die Wahrheit über die europäische Briefftasche ab 2027: Vom verfassungswidrigen Systemzwang über das totale Kontrollpotenzial bis zur absoluten Ohnmacht beim Blackout

Vorwort

Man verkauft es uns als den ultimativen Komfort des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Eine einzige Anwendung auf dem Mobiltelefon soll in Zukunft den Personalausweis, den

Führerschein, die Krankenakte, Rentennachweise und sogar das Geld ersetzen. Doch wer den Blick über den Tellerrand wagt und die schrittweise Einführung dieser Technologie hinterfragt, erkennt schnell die gefährliche Wahrheit: Wir blicken nicht auf ein harmloses Modernisierungsprojekt, sondern auf das Fundament einer lückenlosen digitalen Fessel.

Schritt für Schritt, Baustein für Baustein, wird eine Infrastruktur hochgezogen, die den gläsernen Bürger zur bitteren Realität macht. Das Schlimmste daran ist die unerträgliche Arroganz der Verantwortlichen in der Politik und der globalen Technologiekonzerne, die die Lebensrealität von Millionen Menschen in Deutschland komplett ignorieren. Während uns eine vermeintliche Freiwilligkeit vorgegaukelt wird, zeigt die offizielle Statistik des [Statistischen Bundesamtes](#), dass jeder fünfte Bürger in diesem Land überhaupt kein internetfähiges Mobiltelefon besitzt. Diese Menschen werden durch den digitalen Zwang eiskalt aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt und ihrer Würde beraubt.

Es ist Zeit, die Augen zu öffnen, die Mechanismen dahinter zu verstehen und die Stimme gegen eine Entwicklung zu erheben, die unsere persönliche Freiheit bedroht. Denn wer die totale Digitalisierung aller Lebensbereiche akzeptiert, begibt sich in eine absolute und unumkehrbare Abhängigkeit von Energie, Technologie und der Willkür politischer Akteure. Dieser Text schlüsselt die verborgenen Gefahren auf, benennt die Verantwortlichen und zeigt, warum der analoge Widerstand der einzige Weg ist, um unsere Selbstbestimmung dauerhaft zu schützen.

Die Millionen der Vergessenen: Wer beim digitalen Zwang außen vor bleibt

Bevor überhaupt über die technischen Funktionen einer digitalen Identität diskutiert werden darf, muss eine grundlegende Frage gestellt werden: Für wen wird dieses System eigentlich gebaut?

Die Antwort der Politik lautet stets, es sei ein Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger. Doch die Realität der offiziellen Zahlen straft diese Behauptung Lügen. Laut den aktuellen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes und des Branchenverbandes für Informationstechnik nutzen sage und schreibe einundzwanzig Prozent der Menschen in Deutschland kein Smartphone (Destatis). Das bedeutet im Klartext: Jeder fünfte Bürger in diesem Land besitzt entweder überhaupt kein Mobiltelefon oder nutzt ein herkömmliches Tastenhandy ohne Internetzugang.

Rechnet man diesen Prozentsatz auf die aktuelle Bevölkerungszahl von rund vierundachtzig Millionen Einwohnern hoch, sprechen wir über eine gigantische Menschengruppe von mehr als siebzehn Millionen Betroffenen. Diese Menschen werden durch eine reine Smartphone-Infrastruktur kategorisch und systematisch von Behördengängen, Bankgeschäften und grundlegenden Dienstleistungen des Alltags ausgeschlossen. Es handelt sich hierbei nicht um eine kleine, vernachlässigbare Minderung, sondern um ein Fünftel unserer gesamten Gesellschaft.

Ein Blick auf die Altersstruktur dieser Gruppe zeigt unmissverständlich, wo die größte Ungerechtigkeit liegt:

- **In der Generation der über Fünfundsechzigjährigen besitzen fast die Hälfte – nämlich siebenundvierzig Prozent – kein internetfähiges Mobiltelefon.**

- **In der Altersgruppe zwischen fünfzig und vierundsechzig Jahren verweigern immerhin noch elf Prozent diese Technologie**
- Diese Millionen von Menschen werden von der Bundesregierung schlichtweg ignoriert. Ein Staat, der seine Infrastruktur so umbaut, dass ein Fünftel der Bevölkerung sie nicht mehr bedienen kann, verstößt fundamental gegen das Sozialstaatsprinzip und gegen Artikel drei des Grundgesetzes, welcher klipp und klar verbietet, Menschen aufgrund einer körperlichen oder geistigen Einschränkung zu benachteiligen.

Der Zusammenbruch des Datenschutzes bei alten und kranken Menschen

Wie dieses System in der menschlichen Praxis scheitert, zeigt sich besonders drastisch am Beispiel älterer und pflegebedürftiger Menschen. Im analogen Leben funktioniert die Unterstützung durch Angehörige oder Betreuer auf eine würdevolle und schützende Weise. Wenn ein älterer Mensch Unterstützung bei seinen Bankgeschäften oder beim Einkauf benötigt, wird er physisch begleitet. Die betroffene Person behält die Kontrolle, tippt ihre Geheimzahl selbst ein oder übergibt gezielt ein einzelnes Dokument. Die Privatsphäre bleibt gewahrt.

Im digitalen Ökosystem der europäischen Brieftasche ab dem Jahr zweitausendsiebenundzwanzig wird diese Würde durch ein datenschutzrechtliches Desaster ersetzt. Da Millionen von älteren oder kranken Menschen aufgrund von Sehschwächen, motorischen Einschränkungen oder Demenzerkrankungen die hochkomplizierten Apps auf dem Smartphone unmöglich selbst bedienen können, sind sie gezwungen, die **komplette Verwaltung ihrer digitalen Identität an Dritte zu übergeben**.

Das bedeutet in der Praxis: Die Pflegekraft, der Betreuer oder das Familienmitglied erhält nicht nur Zugriff auf ein einzelnes Dokument, sondern durch die Eingabe der persönlichen Geheimzahl auf die **gesamte Existenz des Menschen**. Wer das digitale Portemonnaie öffnet, sieht auf einen Blick:

- Den staatlichen Personalausweis und die Meldedaten
- Die vollständige elektronische Krankenakte samt aller Diagnosen
- Den Nachweis über Rentenbezüge, Bürgergeld oder Pflegegrade
- Das integrierte digitale Zentralbankgeld

Es gibt in dieser Software keine technische Trennung. Eine ältere Dame, die lediglich Hilfe beim digitalen Vorzeigen ihres Altersnachweises benötigt, muss ihrem Helfer zwangsläufig Einblick in ihren **kompletten Lebensbereich** gewähren. Das ist eine absolute Bankrotterklärung für den Datenschutz. Das System zwingt schutzbedürftige Menschen dazu, ihre intimsten Daten offenzulegen, und hebt jegliche digitale Selbstbestimmung aus.

Das Sicherheitsdebakel: Staatlicher Dilettantismus auf Kosten der Bürger

Als wäre die soziale Ausgrenzung nicht schon schlimm genug, versagt das System auch noch auf der wichtigsten Ebene überhaupt: Der technischen Sicherheit. Uns wird eingeredet, dass diese digitalen Identitäten absolut einbruchssicher seien. Doch noch bevor das europäische Brieffaschen-System in Deutschland überhaupt offiziell an den Start gehen kann, hat die renommierte deutsche IT-Sicherheitsforscherin **Lilith Wittmann** die digitale Identitäts-Architektur des Bundesinnenministeriums komplett auseinandergenommen und als datentechnische Katastrophe entlarvt. Lilith Wittmann, die in der Vergangenheit bereits schwere Sicherheitslücken in staatlichen Systemen wie der *BundID*, der *Luca-App* und der Wahlkampf-Software der Christlich Demokratischen Union aufgedeckt hat, stieß bei der digitalen ID auf einen fundamentalen handwerklichen Fehler der staatlichen Programmierer: **Das Fehlen der gegenseitigen Authentifizierung.**

Das Problem ist so peinlich wie gefährlich und lässt sich wie folgt beschreiben:

1. **Das Prinzip des blinden Vertrauens:** Im echten Leben zeigt niemand seinen Personalausweis einem Fremden auf der Straße, ohne vorher zu prüfen, ob es sich beispielsweise um einen echten Polizeibeamten handelt. Man verlangt zuerst den Dienstausweis der Gegenseite.
2. **Das Versagen der staatlichen Software:** Die vom Bundesinnenministerium entwickelte digitale ID prüft beim Einscannen eines QR-Codes oder beim Aufbau einer Verbindung **nicht**, wer die anfordernde Stelle auf der anderen Seite ist. Die App kann nicht verifizieren, ob der Empfänger der Daten eine echte Behörde, ein geprüftes Hotel oder ein Krimineller ist.
3. **Die Einladung für Betrüger:** Ein Angreifer kann dadurch mit einfachsten Mitteln eine gefälschte Internetseite oder ein Terminal aufbauen, das wie ein offizielles Verwaltungsportal aussieht. Da die App die Berechtigung der Gegenseite nicht prüft, gibt der ahnungslose Nutzer per Knopfdruck oder Eingabe seiner Geheimzahl seine hochsensiblen Identitätsdaten direkt in die Hände von Internet-Kriminellen.

Das vom Staat angepriesene System schafft, wie Lilith Wittmann es auf [ihrem Medium-Blog](#) treffend formuliert hat, ein völlig **falsches Vertrauen**. Es liefert die Bürger auf dem Silbertablett an Phishing-Betrüger und Identitätsdiebe aus. Dass die Bundesregierung trotz dieser verheerenden Erkenntnisse der Sicherheitsforschung stur an dem Veröffentlichungstermin im Januar zweitausendsiebenundzwanzig festhält, zeigt die erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber der Sicherheit unserer Daten.

Die Drahtzieher der Macht: Warum wir diesen Politikern unser Leben nicht anvertrauen dürfen

Wenn man versteht, wie tiefgreifend diese digitalen Systeme in unsere Existenz eingreifen, muss zwangsläufig die Frage nach der Integrität der Menschen gestellt werden, die diese Technologie vorantreiben. Wir werden aufgefordert, blindes Vertrauen in eine politische Elite zu setzen, deren Handeln von mangelnder Transparenz,

massiven Lobbyverstrickungen und dem systematischen Abbau unserer sozialen Sicherungssysteme geprägt ist.

An der Bundesspitze steht der amtierende **Bundeskanzler Friedrich Merz**. Seine Kritiker und Organisationen wie LobbyControl verweisen seit Jahren auf seine tiefen Verflechtungen zwischen Politik und der globalen Finanzwirtschaft. Bevor er das Kanzleramt übernahm, fungierte er als Aufsichtsratsvorsitzender des deutschen Ablegers von BlackRock, dem größten und mächtigsten Vermögensverwalter der Welt. Zudem war er jahrelang im Aufsichtsrat des Bankhauses HSBC Trinkaus und Burkhardt tätig – einer Institution, gegen die im Zuge des milliarden schweren Cum-Ex-Steuerraubs ermittelt wurde. Wer eine solche Vergangenheit im Herzen der globalen Finanz- und Lobbyzene besitzt, treibt heute folgerichtig Projekte wie die totale Digitalisierung voran, die vor allem den Großkonzernen im Hintergrund nutzt.

Das Versagen seiner aktuellen Regierung zeigt sich jedoch am deutlichsten beim rücksichtslosen Umbau unserer elementarsten Sozialsysteme. Direkt aus dem Kanzleramt und den zuständigen Ministerien seiner Regierung kommen die Pläne, die das deutsche **Rentensystem** und das **Krankenkassensystem** grundlegend destabilisieren. Unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Konsolidierung werden Leistungen im Gesundheitssystem drastisch gekürzt, während die Beiträge für die arbeitende Bevölkerung unaufhaltsam steigen. Gleichzeitig wird das Rentenniveau systematisch nach unten gedrückt, was für Millionen von zukünftigen Rentnern die direkte Altersarmut bedeutet. Dass ausgerechnet eine Regierung, die die gesundheitliche und finanzielle Absicherung ihrer Bürger im analogen Leben beschneidet, nun die absolute digitale Kontrolle über genau diese Lebensbereiche verlangt, ist ein politischer Albtraum.

Flankiert wird diese nationale Politik auf europäischer Ebene von zwei weiteren Akteuren, die jegliches Vertrauen verspielt haben:

- **Ursula von der Leyen:** Die Präsidentin der Europäischen Kommission steht seit Jahren wegen mangelnder Transparenz in der Kritik. Unvergessen ist die Affäre um gelöschte Textnachrichten bei milliarden schweren Verträgen zur Impfstoffbeschaffung. Wer selbst die Grundregeln der staatlichen Transparenz missachtet und Beweise vernichtet, besitzt kein moralisches Recht, von den Bürgern die lückenlose Offenlegung ihrer Identität in einer staatlichen Anwendung zu verlangen.
- **Christine Lagarde:** An der Spitze der Europäischen Zentralbank treibt sie das Projekt des Digitalen Euros unerbittlich voran. Ihr Ziel ist die Errichtung einer Infrastruktur für programmierbares Geld, die die finanzielle Selbstbestimmung der Menschen einschränken kann.

Wir dürfen nicht vergessen, dass das Fundament für diese totale digitale Erfassung – wie das folgenschwere Digitale-Identitäten-Gesetz – von der **vorausgegangenen Bundesregierung unter dem ehemaligen Bundeskanzler Olaf Scholz** beschlossen und auf den Weg gebracht wurde (p. 2). Jener ehemalige Regierungschef, dessen politische Glaubwürdigkeit durch seine tiefen Verstrickungen und eklatanten

Erinnerungslücken im Cum-Ex-Finanzskandal um die Hamburger Warburg-Bank nachhaltig zerstört wurde.

Von der alten Scholz-Regierung bis zur aktuellen Führung unter Bundeskanzler Friedrich Merz zeigt sich eine rote Linie des staatlichen Versagens. Diese politischen Akteure beweisen fortlaufend, dass sie nicht die persönliche Freiheit oder die soziale Sicherheit der Menschen im Blick haben. Ihnen die digitale Kontrolle über unsere Identitäten, unsere Gesundheit und unser Vermögen zu übergeben, ist ein historisches Wagnis, das wir im Sinne des Selbstschutzes verweigern müssen.

Das Bündnis mit den Global Playern: Die Enteignung unserer Privatsphäre

Die Politik baut diese Systeme jedoch nicht allein. Im Hintergrund agieren die mächtigsten Technologiekonzerne der Welt, die sogenannten Global Player oder *Big Tech*. Uns wird vorgegaukelt, es handle sich um rein staatliche, europäische Anwendungen. Die technische Wahrheit sieht völlig anders aus:

1. **Die Abhängigkeit von Alphabet und Apple:** Unabhängig davon, wer die staatliche Identitäts-Anwendung programmiert – sie muss am Ende auf den Mobiltelefonen der Bürger laufen. Diese Geräte werden zu fast einhundert Prozent von den amerikanischen Giganten Alphabet (Google) und Apple kontrolliert. Der Staat begibt sich damit in eine absolute technologische Abhängigkeit von privaten Wirtschaftsunternehmen aus Übersee.
2. **Die Auslagerung staatlicher Daten:** Große Teile der digitalen Infrastruktur und der behördlichen Serverplattformen werden in der Praxis nicht auf staatlichen Rechnern betrieben. Sie werden auf den Cloud-Infrastrukturen von Konzernen wie Amazon Web Services oder Microsoft angemietet.
3. **Die unumkehrbare Daten-Enteignung:** Unsere Identität, unsere Finanzen und unsere Wege sind unser persönliches Eigentum. Indem wir diese Daten in eine vernetzte Anwendung einspeisen, übergeben wir die Schlüssel zu unserem Leben an anonyme, gewinnorientierte Großkonzerne und unzuverlässige Politiker. Ist ein solcher digitaler Datensatz erst einmal im System etabliert, gibt es kein Zurück mehr – er existiert für immer auf den Servern im Hintergrund.

Das Gängelns am Band: Die unsichtbare Leine des programmierbaren Lebens

Das ultimative Ziel dieser schrittweisen Zusammenführung einzelner Bausteine ist die vollständige Lenkung des Bürgers. Uns wird versichert, dass der Digitale Euro und die digitale Identität lediglich harmlose Werkzeuge für den modernen, bargeldlosen Verkehr und die Verwaltung seien. Doch das ist die größte Lüge des Projekts. Technisch handelt es sich bei diesen Systemen um eine programmierbare Infrastruktur, die dem Staat Machtbefugnisse verleiht, von denen Diktaturen der Vergangenheit nur träumen konnten.

Das Prinzip des „Gängelns am Band“ funktioniert über Bedingungen, die direkt im Programmcode hinterlegt werden können:

- **Geografische Sperren (Geofencing):** Das System kann vollautomatisch überwachen und steuern, wo Sie sich aufhalten und wo Ihr Geld gültig ist. Wenn Sie sich beispielsweise ohne staatliche Genehmigung aus einem festgelegten Umkreis von zwanzig Kilometern um Ihren Wohnort entfernen, kann die Anwendung die Bezahlungsfunktion für Treibstoff an der Tankstelle oder das Ticket für den öffentlichen Nahverkehr augenblicklich sperren.
- **Zweckgebundener Konsum:** Es lässt sich programmieren, welche Waren Sie mit Ihrem digitalen Guthaben erwerben dürfen und welche nicht. Der Staat kann den Kauf von bestimmten Lebensmitteln, Genussmitteln oder Dienstleistungen per Mausklick untersagen.
- **Guthaben mit Ablaufdatum:** Geld verliert seine Funktion als dauerhafter Wertspeicher. Es kann mit einer Frist versehen werden: Wenn das Geld nicht bis zum Monatsende für den staatlich gewünschten Konsum ausgegeben wird, verfällt es einfach auf dem digitalen Konto.

Diese Technologie ist die perfekte digitale Leine. Wer sich nicht absolut systemkonform verhält oder wer eine kritische Meinung äußert, kann über Nacht durch das Sperren seiner digitalen Identität und seines digitalen Geldes vollständig aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben radiert werden.

Die Bilanz der digitalen Fessel: Wann die Umsetzung in der Realität scheitert

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit auf den Punkt zu bringen: Ein allumfassendes System aus digitaler Identität und programmierbarem Geld ist an entscheidenden Punkten der menschlichen, rechtlichen und physikalischen Realität schlichtweg unmöglich umzusetzen. Spätestens hier bricht das staatliche Wunschdenken zusammen:

- **Bei der sozialen Teilhabe:** Obwohl das Gesetz die Nutzung der App ausdrücklich als freiwillig einstuft, führt der künstliche Abbau von Service-Schaltern und Vor-Ort-Terminen zu einer unfairen Benachteiligung. Wer im Alltag auf das Smartphone verzichtet, wird zwar nicht per Gesetz verboten, aber durch bürokratische Hürden und lange Wartezeiten massiv ausgegrenzt.“
- **Beim Schutz der Schwachen:** Die digitale Stellvertretung für alte und kranke Menschen zerstört den Datenschutz vollständig. Die erzwungene Weitergabe von General-Geheimzahlen an Helfer führt zur totalen Offenlegung des gesamten Lebensbereichs.
- **Bei der technischen Sicherheit:** Ein System, das laut der IT-Sicherheitsforschung von Lilith Wittmann elementare Prüfmechanismen ausspart, schafft falsches Vertrauen und liefert die Bürger an Phishing-Betrüger aus.
- **Bei der politischen Integrität:** Es ist ein politischer Albtraum, einer Regierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz, die das Renten- und Krankenkassensystem

schwächt und tiefe Lobbyverstrickungen besitzt, die absolute digitale Kontrolle über unsere Existenz anzuvertrauen.

- **Beim physikalischen Überleben:** Ohne elektrische Energie existiert diese Fessel nicht. Beim ersten echten Blackout kollabiert die gesamte digitale Infrastruktur, während analoge Strukturen (Bargeld und Papierdokumente) krisenfest bleiben.
- **Der Weg in die Freiheit: Aufklärung statt Blindheit und die Spätfolgen der Bequemlichkeit**
- Das fundamentale gesellschaftliche Problem unserer heutigen Zeit liegt in einer schleichenden, jahrzehntelangen Entwicklung: Die Menschen haben verlernt, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Verantwortung wurde bereitwillig in fremde Hände abgegeben – an staatliche Institutionen und globale Konzerne –, nur um ein kleines bisschen mehr Komfort im Alltag zu gewinnen.
- Wir erleben heute die Spätfolgen einer Generation, die sich über hochkomplizierte Datenschutzbestimmungen, Cookie-Banner und die Preisgabe intimster Lebensgewohnheiten im Internet lustig gemacht oder diese schlicht ignoriert hat. Wer heute achtlos jede digitale Bedingung ungelesen abnickt, darf sich morgen nicht wundern, wenn er sich in einer lückenlosen digitalen Fessel wiederfindet.
- Da wir uns jedoch nicht auf die Einsicht einer oberflächlichen Politik verlassen können, die diese Nachteile verschweigt und die Bevölkerung bewusst im Unklaren lässt, bleibt uns nur ein einziges, mächtiges Werkzeug: Die konsequente Aufklärung.
- Es liegt an uns, den Menschen die Augen zu öffnen und ihnen das „Große Ganze“ vor Augen zu führen. Wir müssen die ungeschminkten Wahrheiten, die harten Statistiken und die verborgenen Kontrollmechanismen unermüdlich teilen. Jedes Gespräch, das wir über den Tellerrand hinaus führen, und jedes Schriftstück, das wir weitergeben, bricht einen weiteren Zahn aus der digitalen Fessel.
Nutzen Sie Ihr Recht auf analoge Selbstbestimmung. Teilen Sie diesen Text, verbreiten Sie die Fakten und regen Sie Ihre Mitmenschen dazu an, kritisch zu hinterfragen, wem sie ihr Leben anvertrauen. Der einzige Weg, um dieses System vom Tisch zu fegen, ist eine informierte Bevölkerung, die geschlossen und eigenverantwortlich sagt: „Ich mache es nicht.“

Persönlicher Nachgang: Die rechtliche Demarkationslinie vor unserer Haustür

Zum Abschluss müssen wir eine unumstößliche verfassungsrechtliche Wahrheit in aller Deutlichkeit aussprechen: Ihr Smartphone ist Ihr rechtmäßiges, privates Eigentum. Sie allein besitzen das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht darüber, welche Inhalte auf Ihrem Gerät landen und welche nicht. Es ist eine juristische Ungeheuerlichkeit anzunehmen, der Staat könne einfach daherkommen und die Installation staatlicher Software auf

privater Hardware vorschreiben. Würde die Politik diesen Zwang tatsächlich in die Tat umsetzen, müsste sie folgerichtig jedem einzelnen Bürger ein kostenloses, staatliches Dienst-Gerät zur Verfügung stellen – und selbst dann dürfte sie die Nutzung im privaten Alltag niemals erzwingen. Ein solcher staatlicher Übergriff berührt und verletzt eine Reihe fundamentaler Paragraphen unseres Grundgesetzes:

- **Das Recht auf Eigentum (Artikel vierzehn Grundgesetz):** Der Staat hat kein Zugriffsrecht auf die Nutzung Ihrer privat gekauften Gegenstände. Er darf Ihr Telefon nicht als verlängerten Arm der Meldebehörde beschlagnahmen.
- **Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel zwei Absatz eins in Verbindung mit Artikel ein Absatz eins Grundgesetz):**
 - Dieses höchste digitale Grundrecht garantiert Ihnen das Recht, selbst zu entscheiden, welche digitalen Spuren Sie hinterlassen. Ein Zwang zur Nutzung einer App, die im Hintergrund auf Schnittstellen amerikanischer Großkonzerne angewiesen ist, hebt dieses Recht vollständig aus.
- **Die allgemeine Handlungsfreiheit (Artikel zwei Absatz eins Grundgesetz):** Sie haben das verbrieftete Recht, Ihr Leben so zu gestalten, wie Sie es für richtig halten. Dazu gehört ganz elementar das Recht, **analog zu leben**, mit Bargeld zu bezahlen und gedruckte Papierdokumente zu nutzen. Die Politik weiß ganz genau, warum sie die europäische Brieftasche offiziell als absolut freiwillig deklarieren muss. Sie tut dies nicht aus Respekt vor den Bürgern, sondern weil ein gesetzlicher Zwang sofort und unweigerlich vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe als verfassungswidrig gekippt würde. Das Smartphone gehört dem Bürger, und vor diesem Bildschirm hat der Staat Feierabend. Lassen Sie sich nicht gängeln: Ihr Recht auf ein analoges Leben ist gesetzlich geschützt – nutzen Sie es.

Die berührten Paragraphen und Grundrechte im Detail:

- **Artikel 14 Absatz 1 des Grundgesetzes (Das Recht auf Eigentum):** Das Smartphone ist Ihr rechtmäßiges Privateigentum. Sie haben es selbst bezahlt. Der Staat greift unzulässig in Ihre Eigentumsrechte ein, wenn er vorschreibt, wie Sie Ihre private Hardware zu nutzen haben oder welche staatlichen Programme darauf installiert sein müssen.
- **Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes (Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung):** Dieses höchste digitale Grundrecht schützt Sie davor, dass der Staat Sie zur Nutzung von Systemen zwingt, die Ihre Identitätsdaten digital vernetzen. Sie allein entscheiden, wer wann welche Daten über Sie erfährt und ob Sie überhaupt digitale Spuren hinterlassen wollen.
- **Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes (Die allgemeine Handlungsfreiheit):** Dieses Recht garantiert Ihnen, Ihr Leben nach Ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dazu gehört ganz fundamental das Recht auf ein **analoges Leben**.

Der Staat darf Sie nicht gesetzlich dazu zwingen, eine digitale Lebensweise anzunehmen, ein Smartphone zu besitzen oder Apps zu nutzen, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

- **Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes (Das Diskriminierungsverbot):**
Hier steht klipp und klar: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Ein digitaler Zwang schließt alte, kranke und pflegebedürftige Menschen, die diese Technik nicht bedienen können, systematisch aus. Das ist eine verfassungswidrige Diskriminierung.
- **Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes (Das Sozialstaatsprinzip):**
Der Staat ist verfassungsrechtlich dazu verpflichtet, die Teilhabe aller Bürger am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu sichern. Wenn er analoge Zugänge abbaut und eine App zur Pflicht macht, verletzt er seine soziale Fürsorgepflicht gegenüber Millionen von smartphone-losen Bürgern.
- **Paragraph 303a des Strafgesetzbuches (Datenveränderung) und das zivilrechtliche Besitzschutzrecht (Paragraph 858 Bürgerliches Gesetzbuch - Verbotene Eigenmacht):**
Wenn man den Gedanken auf das private Eigentum herunterbricht, darf niemand – auch nicht der Staat – ohne Ihre ausdrückliche Erlaubnis Daten auf Ihrem privaten Datenträger (Ihrem Telefon) löschen, verändern oder aufspielen. Das unbefugte Installieren oder der Zwang dazu ist ein massiver Übergriff auf Ihre private Sachherrschaft.

Das unsichtbare Duell: Wie der Staat trickst und wie wir uns im Alltag wehren können

Wer seine Freiheit behalten will, muss die neuen Tricks des Staates durchschauen. Der Staat arbeitet heute nicht mehr mit Verboten, sondern mit Bequemlichkeit und Schikane. Er zwingt uns nicht direkt zur App, sondern macht das analoge Leben ohne Smartphone einfach so ungemütlich wie möglich. Aber wir Bürger sind nicht machtlos. Wir haben ganz legale Möglichkeiten, um diesen digitalen Zwang im Alltag einfach zu umgehen.

Trick 1: Die künstliche Wartezeit (Schikane am Amt)

- **Das macht der Staat:** Behörden kürzen die Öffnungszeiten und bauen Personal an den Schaltern ab. Wer einen normalen Papierantrag abgeben will, muss monatelang auf einen Termin warten. Das Ziel: Der Bürger soll entnervt aufgeben und doch die **Handy-App (EUDI-Wallet)** nutzen (p. 7).
- **So wehren wir uns:** Wir bestehen stur auf unser Recht, persönlich vorbeizukommen. Wenn Anträge wegen fehlender Termine zu spät bearbeitet werden, legen wir schriftlich Widerspruch ein. Wenn Millionen Bürger weiterhin Briefe schreiben und Termine fordern, kann der Staat die analogen Schalter nicht einfach schließen – weil er gesetzlich dazu verpflichtet ist, für alle Menschen da zu sein (p. 10).

Trick 2: Die Strafgebühr für Papier (Geld-Druck)

- **Das macht der Staat:** Der digitale Weg über das Smartphone wird kostenlos angeboten. Wer aber ein echtes Papierformular ausdrucken oder von einem Mitarbeiter bearbeiten lassen möchte, soll dafür plötzlich extra Gebühren zahlen. Das analoge Leben wird künstlich teurer gemacht.
- **So wehren wir uns:** Wir nutzen im Alltag konsequent Bargeld. Egal ob beim Parken, im Bus oder beim Amt: Wer bar bezahlt, zwingt die Städte dazu, Münzautomaten und Kassen aufrechtzuerhalten. Für Abos oder Tickets nutzen wir anonyme Gutscheinkarten oder Prepaid-Karten aus dem Supermarkt, anstatt unser Bankkonto mit einer staatlichen ID-App zu verknüpfen.

Trick 3: Der digitale Zwang im Geschäft (Kein Einlass ohne App)

- **Das macht der Staat:** Ab 2027 werden auch Banken, Verkehrsbetriebe und große Online-Firmen verpflichtet, die digitale ID auf dem Smartphone zu akzeptieren. Es besteht die Gefahr, dass private Firmen das analoge Leben aussperren und Verträge oder Konten nur noch per App erlauben.
- **So wehren wir uns:** Wir verweigern den Zwang zu Gesichtsscan und Fingerabdruck. Wir bestehen auf die normalen Plastikkarten (wie die Krankenkassenskarte oder den Personalausweis). Für den absoluten Notfall, wenn eine App unumgänglich ist, nutzen wir ein billiges „Zweit-Handy“. Dieses Gerät hat keine SIM-Karte, keine Kontakte und kein Bewegungsprofil. Es bleibt ohne Internet zu Hause im Schrank und wird nur für den kurzen Behördenkontakt kurz eingeschaltet. Auf unserem echten Alltags-Telefon haben staatliche Apps striktes Verbot.

Trick 4: Das Versprechen von "Sicherer Software" (Die Daten-Falle)

- **Das macht der Staat:** Uns wird erzählt, dass die Apps absolut sicher sind (p. 4). Dabei verschweigt der Staat, dass die Software auf amerikanischen Systemen von Google und Apple läuft (p. 6). Er drängt alle Bürger auf eine einzige, zentrale Plattform – das perfekte Ziel für Hacker und Betrüger (p. 4).7
- **So wehren wir uns:** Wir teilen so wenig Daten wie möglich. Was nicht digitalisiert ist, kann nicht gestohlen, nicht gehackt und nicht vom Staat per Mausclick gesperrt werden (p. 7). Wir trennen unsere Konten und speichern keine Passwörter in staatlichen Clouds (p. 6). Datensparsamkeit ist der beste Schutz für die eigene Privatsphäre.

Rechtlicher Hinweis

Quellenhinweis

Dieser Beitrag wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Er stützt sich auf öffentlich zugängliche Gesetze, amtliche Dokumente, parlamentarische Drucksachen, Veröffentlichungen staatlicher Stellen sowie weitere allgemein zugängliche Quellen. Trotz

sorgfältiger Recherche kann keine Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität oder zukünftige Entwicklungen übernommen werden.

Einordnung

Dieses Dokument enthält sowohl Tatsachen als auch persönliche Schlussfolgerungen und Bewertungen des Autors. Soweit Wertungen oder politische Einschätzungen vorgenommen werden, stellen diese die persönliche Meinung des Autors dar. Ziel dieses Beitrags ist es, zur öffentlichen Diskussion anzuregen und unterschiedliche Aspekte der Digitalisierung kritisch zu beleuchten.

Grundrechte

Dieses Dokument ist Ausdruck der durch Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes geschützten Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit. Die freie Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungen, staatlichem Handeln und gesellschaftlichen Entwicklungen gehört zu den tragenden Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Michael B. Barnes

